

Die Rote Fahne

Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Redakt.: Berlin C 25, Al. Alexanderstr. 28, Tel.: B 1 Betolina 5481.
Tel.-Adr.: Rotafahne Berlin, Verl.: Verein Zeitungsverlage GmbH.
Berlin C 25, Al. Alexanderstr. 28, Postfach: Berlin NW 27 970.

Erscheint täglich außer Montags

Anzeigenerwaltung: Anzeigen-Expediton für die Arbeiterpresse
G. m. b. H., Berlin SW 64, Hedemannstr. 23 I. Sammelnummer:
Bergermann 7538. Schluß der Anzeigenannahme 16 Uhr.

Beitragpreis in Berlin u. Orten mit ein. Anstellung: pro Woche 60 Pf.,
pro Monat 2,60 Pf. einm. Erwerblosen 40 Pf. pro Monat 1,60 Pf.
nebst Belegheft. Streifenband im Ausland 4,20 Pf., im Ausland 4,50 Pf.

Begründet von
Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg

Anzeigendruck: Die Welt, Wilhelmstraße 95 St.; die Welt, Fern-
mitteleuropäische 2,50 Pf. Arbeitervermittlung u. Familienamt; Wilhelmstraße 20 St.
Steinweg 2; Zentralpost 20 St.; Überbrückung 20 St.; Arbeitsmarkt; Wort & Bild.

Sie blasen zur Kommunistenhaß!

Auflösung proletarischer Massenorganisationen angedroht — Ausweisungen als Auftakt zu verstärkter KPD-Unterdrückung

Fort mit der Schleicher-Diktatur!

14 Jahre KPD.

Von Wilhelm Pieck

Die gestern von uns gemeldete polizeiliche Ausweisungssaktion gegen solche Werktätigen, die nicht die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen, aber verdächtigt werden, den Kommunisten nahe zu stehen, stellt sich immer mehr als Teil eines großartigen Polizeifeldzuges heraus, der von der Schleicher-Regierung in umfassender Weise gegen die kommunistische Partei und die proletarischen Massenorganisationen vorbereitet wird. Die Illustrierte, die über besonders gute Beziehungen zu den Polizeibehörden verfügt, kommentiert diese Ausweisungen wie folgt:

„Neben diesen Ausweisungsmaßnahmen wird sich die Polizei aber auch in anderer Weise mit der KPD. beschäftigen, vor allem werden die sogenannten Hilfsorganisationen genau beobachtet und man wird prüfen, inwiefern sie Nachfolgeorganisationen des aufgelösten Rot-Front-Kämpferbundes oder der verbotenen Gottlosen-Organisation sind. Stellt sich heraus, daß eine der Hilfsorganisationen eines der verbotenen Ziele weiter verfolgt, so will die Polizei auf dem Wege der Aufsichtungsverfügung vorgehen. Gleichzeitig werden verstärkte Maßnahmen gegen die kommunistische Zersetzungsaktivität innerhalb der Polizei und Reichswehr getroffen.“

Wie schnell sind die „sozialen“ Phrasen des Kanzler-Generals zerfallen. Wie sagte er noch in seiner Hundsjunktur: „Mein Programm besteht aus einem einzigen Punkt: Arbeit schaffen“. Jetzt zeigt Schleicher sein wirkliches Programm unter seiner Regierungsherrschaft ist die Hungerarmee der Erwerbslosen um mehr als eine Viertelmillion angewachsen. Keine Winterhilfe, keine Aufhebung der Papen'schen Unterstützungsabbauperordnung vom 14. Juni, trotz Parlamentsbeschluss. Keine Öffnung der Speicher und Kohlenhalben. Aber Butterbeimischungszwang für Margarine! Teuerungsfeldzug durch neue Zoll- und Kontingentierungsgebühren! Und als wichtigster Programmpunkt: Drauf mit den Maßnahmen gegen die KPD!

Schleicher verschärft die schäblichen Unterdrückungsmaßnahmen gegen die kommunistische Partei, weil sie die einzige Kraft ist, die das werktätige Volk zur Verteidigung seiner elementarsten Lebensinteressen gegen die kapitalistische Diktatur aufruft, weil sie an die Massen der Werktätigen appelliert, den Maßnahmen des Schleicher-Kabinetts mit denselben außerparlamentarischen Kampfmitteln entgegenzutreten, die bereits das Papen-Kabinettt hinweggefegt haben. Es ist das Klagenlied der Bourgeoisie, die revolutionäre Avantgarde des Proletariats zu zerlegen und zu vernichten, damit die Ausplünderung und politische Knechtung der Massen ins Ungemessene gesteigert werden kann. Deshalb schreit sich Hitler die Kehle heiser nach dem Parteiverbot, deshalb hefte das führende Zentrumsorgan, die „Germania“, noch vor wenigen Tagen:

„Wenn nun Deutschland schon mehr als zwölf Jahre hindurch das besondere Tätigkeitsfeld der dritten Internationale abgegeben hat, dann fragt sich die erdrückende Mehrheit des deutschen Volkes, mit welchem Recht ausländische Institutionen die ohnehin schon bis zum äußersten überspannte Notlage eines Volkes in destruktiver Weise noch mehr zu beeinträchtigen sich erdreissten dürfen.“

Deshalb appelliert die schwerindustrielle „DIZ“ in ihrer geliebten Morgenausgabe an die Schleicher-Regierung, „den revolutionären Antrieben der kommunistischen Partei mit kraftvollen staatlichen Maßnahmen bis zu ihrer völligen Unterdrückung entgegenzutreten.“

Und deshalb stehen auch die Leipziger, Severing und Wels, die heute mit neuen Betrugsmanövern versuchen, die sozialdemokratischen Arbeiter und Gewerkschaftsmitglieder vor den Karren der Schleicher-Diktatur zu spannen, mit an vorderster Stelle in der großen „nationalen“ Hejront gegen die einzige revolutionäre Freiheitspartei.

Sie schreien über „Hochverrat“, Fortführung des Frontkämpferbundes und der verbotenen „Gottlosen“-Organisationen, aber nicht dort brüht sie der Schutz. Es ist unsere Streikorganisation gegen jeden Pfennig Lohnabbau, um die Zurückeroberung der geraubten Löhne, unsere Mobilisierung der Gewerkschaftsmitglieder gegen den Leipziger-Kurs, unser Massenkampf um die Öffnung der Speicher- und Kohlenhalben, unsere fühne Offensive gegen Versailles und Tributneuschicht, unser jähher Kampf um die Gewinnung der sozialdemokratischen Arbeiter und Gewerkschaftsmitglieder für die proletarische Einheitsfrontaktion, unser erfolgreicher Einbruch in das Lager des Hitler-Faschismus. Das geht an ihren Lebensnerven! Dagegen wollen sie das ganze Feuer ihres Unterdrückungsfeldzuges konzentrieren.

Deshalb ist jeder Schlag gegen die kommunistische Partei und die proletarischen Massenorganisationen ein Schlag gegen die Lebensinteressen des werktätigen Volkes. Nicht von Schleicher, sondern einzig und allein von der Entfaltung der proletarischen Massenkraft hängt es ab, inwiefern die Bourgeoisie ihre neuen Unterdrückungs- und Verbotspläne verwirklichen kann. Darum Alarm schlagen in allen Betrieben, Stempelstellen und Arbeiterquartieren. Das Proletariat muß beweisen, daß es seine Partei und seine Massenorganisationen zu verteidigen versteht.

Im Feuer des Bürgerkrieges, den Ebert im Bunde mit den weißen Generalen gegen die revolutionären Arbeiter, Soldaten und Matrosen in Berlin eröffnete hatte, trat am 28. Dezember 1918 der Gründungsparteitag der kommunistischen Partei Deutschlands zusammen. Die Vorhut der deutschen Arbeiterklasse hatte damals erst eine kleine Minderheit des Proletariats organisatorisch erreicht, in ihren Reihen herrschte noch in vielen Fragen Unklarheit und Verwirrung, die auch durch den Parteitag nicht beseitigt werden konnte; dennoch bedeutete dieser Parteitag einen Wendepunkt in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung von größter historischer Bedeutung.

Zum erstenmal wurde auf deutschem Boden eine Arbeiterpartei geschaffen, die sich vorbehaltlos auf den Boden des revolutionären Marxismus stellte, eindeutig den wichtigsten politischen Grundlag des Marxismus, den unverfälschten Klassenkampf für die proletarische Diktatur als den einzigen Weg zum Kommunismus, zur klassenlosen Gesellschaft erklärte. Damit sprach die junge KPD ihre volle Solidarität mit der Oktoberrevolution aus, bekannte sich offen zu den bolschewistischen Grundrissen und den Aufgaben einer revolutionären marxistischen Partei. Die KPD. eröffnete den Kampf nicht nur gegen die offenen Arbeiterverräter, die Ebert, Scheidemann, Noske, sondern auch gegen alle jene charakterlosen, feigen, betrügerischen Opportunisten, die unter dem Deckmantel revolutionärer Phrasen die reformistische Politik verteidigten. Die „unabhängigen“ Führer, die Haase, Dittmann und Hilferding spielten bei der Zerschlagung des Proletariats in den entscheidenden Monaten der Revolution eine noch verhängnisvollere Rolle als die zynisch-brutalen Führer der Sozialdemo-

Der erste Tag des zweiten Plans

Feierlicher Auftakt zum 2. Fünfjahresplan — Es geht aufwärts mit der Arbeitsproduktivität — Deutsche Arbeiter wetteifern mit den russischen Klassengenossen

Moskau, 30. Dezember. (Eig. Drahtbericht unseres Moskauer St.-Sonderberichterstatters). In den letzten Tagen haben die Bolschewisten fast aller Betriebe die Vorbereitungen zum Tag der Stahbrigadier, dem ersten Tag des zweiten Fünfjahresplans, zu Ende geführt. Zahlreiche Betriebe geben bekannt, daß sie infolge des ungeheuren Schwungs der Stahbrigadierbewegung im Monat Dezember die Pläne vorfristig erfüllt haben. Der Kampf wird in erster Linie geführt um die Erhöhung der Arbeitsproduktivität. Eine gewaltige Massenbewegung für die Verbesserung der Produktion hat eingesetzt. Während die Arbeiter und Ingenieure des Charkower Traktorenwerkes im November 300 Verbesserungsvorschläge gemacht haben, haben sie in 24 Tagen des Monats Dezember 500 Vorschläge eingebracht.

Im Moskauer Betrieb Stanko-Sawod, der erst vor 10 Tagen eröffnet wurde, sind unter hervorragender Beteiligung deutscher Arbeiter 53 Verbesserungsvorschläge gemacht worden. Allein die Vorschläge eines Berliner Arbeiters werden 15 000 Rubel Ersparnis ergeben.

Auf dem Dynamo-Werk haben sich neue Rentabilitätsbrigaden gebildet, die den Namen „zweiter Fünfjahresplan“ tragen.

Am 31. Dezember finden in den Fabriken und im Moskauer Kulturpark Meetings der Stahbrigadier statt, in denen die reichliche Erfüllung des ersten Fünfjahresplans und der Übergang zum zweiten Fünfjahresplan gefeiert wird. Am Mitternacht werden überall Ansprachen gehalten. Am 1. Januar versammeln sich die

besten Stahbrigadier Moskaus im Kolonnenpaar der Gewerkschaften, um über ihre Erfolge zu berichten. Führer der Partei und der Gewerkschaften werden hier sprechen.

Steigende Glendssinn

2 700 000 Wohlfahrtsarbeitslose gezählt!
Der Deutsche Städtetag teilt mit: Die Zahl der von den Gemeinden unterstützten Wohlfahrtsarbeitslosen ist nach den Ermittlungen der Arbeitsämter und Wohlfahrtsämter im November weiter stark gestiegen. Nach der amtlichen Zählung sind insgesamt 2 310 000 sogenannte „anerkannte“ Wohlfahrtsarbeitslose ermittelt worden, gegenüber dem Oktober rund 116 000 mehr. Nach den Ermittlungen des Städtetages treten zu der Zahl von 2 310 000 „anerkannten“ Wohlfahrtsarbeitslosen weitere rund 400 000 arbeitsfähige Erwerbslose hinzu, die gleichfalls von den Gemeinden unterstützt werden, die aber bei der amtlichen Zählung nicht berücksichtigt sind. Es handelt sich jedoch, wie nochmals ausdrücklich zu betonen ist, um durchaus arbeitsfähige und arbeitswillige Menschen und nicht etwa, wie gelegentlich behauptet ist, um künftige Armenpfleglinge, Sozialrentner, Kriegsbeschädigte, Krüppel usw., die in ihrer Gesamtheit nochmals mit einer Zahl von 1 600 000 den Gemeinden zur Last fallen. Nicht eingegriffen sind die Millionen von jeder Unterstützung ausgeschlossen, die von keiner Statistik erfaßt werden!

Rotes Berlin! Heraus auf die Straße!

Zum Massenaufmarsch am Mittwoch, dem 4. Januar, 17 Uhr, im Lustgarten!

Von 20 Kunden kaufen nur 3 Butter

Was der kleine Geschäftsmann zur Margarine-Notverordnung Schleichers sagt

Ein kleiner Laden in der Ringstraße. Auf dem Schaukasten ist mit verblasener Schrift „Milchhalle“ aufgemalt. Beim Draufsehen der Ladenkürschell eine Glocke. Eine alte Frau kommt aus dem hinteren Raum in den Laden geeilt. Dienstfertig fragt sie nach meinen Wünschen und ist enttäuscht, daß ich ihr nichts abkaufen will. Aber dann heißt sie ihr müdes Gesicht auf, als sie erfährt, daß sie die „Rote Fahne“ für ihre Mühe und Sorgen interessiert.

Jögern noch und etwas mißtraulich beginnt sie zu erzählen. Fast 30 Jahre betreibt die Frau den kleinen Milch- und Butterladen. Mit den harten verdienten Ersparnissen aus der Arbeit vieler Jahre hatten sie und ihr Mann das Geschäft aufgebaut. Füh und unermüdet hatten sie dafür gearbeitet — dann kam der Krieg, die Inflation und alle Hoffnungen wurden langsam zunichte. Der Mann starb. Heute führt die Frau allein den Laden und harten Kampf um ihre Existenz.

Das Kontobuch ist vollgeschrieben

„Die Leute in der Gegend haben alle kein Geld“, klagt sie. „Sehen Sie mal hier“, sie holt ein Kontobuch heraus, dessen Seiten mit ungeladener Schrift dicht beschriftet sind, „das Buch ist voll von Kunden, denen ich Kredit geben muß. Hier ist zum Beispiel die Frau M. Ihr Mann war früher Dreher und hat gut verdient. Da hat die Frau jeden Tag anderthalb Liter Milch geholt und ein Viertelpfund Butter. Heute holt sie ein Viertel oder halbes Liter Milch und manchmal gar nichts. Und alle drei Tage kauft sie ein halbes Pfund Margarine. Der Mann ist schon ein Jahr arbeitslos. Ich habe ihr jetzt schon drei Wochen Kredit geben müssen.“

Die Alte legt das Buch beiseite. „Ach, und es wird doch immer schlimmer. Jetzt wird die Margarine auch noch verteuert. Butter wird beimgelockt. Meiner Nachbarn geht das auch gar nicht. Butter und Margarine mischen sich doch nicht.“ Die Frau seufzt auf. „Mele werden sich noch nicht mal Margarine leisten können. Drei von zwanzig Kunden kaufen bei mir nur Butter. Die anderen wollen Margarine und meistens noch die billigste. Ich verstehe eins nicht, wieso die Butter nicht verbilligt wird, wenn jodel da ist. Aber wahrscheinlich werden dann die Großgrundbesitzer nicht soviel daran verdienen.“

Wenn es nach den Nazis geht...

„Was ich gewählt habe?“ Die Frau wird verlegen. „Ach, wissen Sie, ich geniere mich direkt, das zu erzählen. Ich habe bis jetzt immer Nazis gewählt, weil ich geglaubt habe, die werden den kleinen Leuten helfen.“ Die Stimme der Frau wird laut. Erregt ruft sie:

„Aber betrogen haben sie uns. Alles Schwindel, nichts als Schwindel. Haben Sie in der Zeitung gelesen? Die Nazis wollen, man soll den kleinen Leuten ihre Waren für die Steuern wegnehmen. Ist das nicht eine Gemeinheit? Ich bin 'ne ganze Masse Steuern schuldig. Wenn die mir dafür die Sachen aus dem Laden raushehlen wollen, kann ich mich aufhängen. Das meiste gehört mir gar nicht.“

Die Frau starrt vor sich hin. Sie ist 56 Jahre alt und sieht aus wie eine Siebzigerin. „Ich weiß nicht, was ich anfangen soll“, jagt sie mit leiser, verzweifelter Stimme. „Die Hausinspektoren hat man mit Mühe und Not erlassen, aber ich habe trotzdem schon zwei Monate keine Miete gezahlt. Mir verhungern ja alle, wenn es nicht bald anders wird.“

Ein paar Mieterfragen weiter, in der Greifswalder Straße, ist ein Kolonialwarengeschäft. Tür- und Fensterrahmen sind blau lackiert. Ein großes, glänzendes Schild mit der Aufschrift „Blau Lackwaren, Glanzbildung“ hängt über dem Laden. Das ganze Geschäft macht einen soliden, sauberen Eindruck.

Stundenlang ohne Käufer

Der Inhaber, ein großer, kräftiger Mann in einer weißen Leinenjacke, gibt mißtraulich Auskunft. Doch langsam redet er sich ins Feuer.

„Nies ist gar kein Ausdruck für die augenblickliche Geschäftslage. Manchmal kann man stundenlang keinen Kunden sehen.“

Tippelbrüder bei der „Roten Fahne“

Unerhörte Zustände im „Jugend-Wanderheim“ Charlottenburg

Sechs Tippelbrüder, sechs jugendliche Erwerbslose, aus allen Teilen Deutschlands stammend, besuchen die Redaktion der „Roten Fahne“. Sie kamen, um der „Roten Fahne“ zu berichten von den schrecklichen Zuständen, die beim Jugendwanderheim in Charlottenburg, Sophie-Charlotten-Strasse, herrschen.

Die Jugendlichen, die auf der Suche nach Arbeit nach Berlin gekommen sind, dürfen in diesem Jugendwanderheim einen bis höchstens drei Tage verbringen. Dann müssen sie weiter mit hungerigem Magen in Kälte und Frost.

55 Jugendliche müssen in einem etwa 65 bis 70 Quadratmeter großen Raum schlafen. Das Essen ist meistens ungenießbar. Zum Frühstück gibt es Abwaschwasser und drei trockene Stullen, zu Mittag Wasserluppe, die in den Volkstischen zurückgeblieben ist, und am Abend den Rest vom Mittag. Die Empörung bei den Jugendlichen über diesen Krampf ist so groß, daß einer von ihnen vor einigen Tagen dem Leiter des Heims, Wurst, einen Essenskübel über den Kopf stülpte.

Die Jugendlichen haben geschlossen Forderungen aufgestellt auf reicheres und besseres Essen, auf Winterkleidung, und Bunt- und schwarze Hosen, um ihnen den Winter zu erlassen, wozu in ihre Heimatsstädte zurückzugehen. Die „Rote Fahne“ hat den halbverhungerten Jungen erst einmal etwas Warmes zu essen gegeben und ihnen dann geraten, mit den Jungkommunisten zusammen gegen Hunger und Frost zu kämpfen.

Wie wird das Wetter?

Meist heiter, südliche Winde. Temperatur um Null. Nachts mäßiger Frost.

Ich habe schon halb hundert Mark Steuerschulden. Sehen Sie mal, der Laden ist voller Ware, da könnte man meinen, das Geschäft geht gut. Aber den größten Teil der Ware habe ich noch nicht bezahlt. Was meinen Sie, wie mir die Lieferanten auf der Pötte stehen!“

Auf die Frage, was er von den Nazis hält, bekommt der Mann ein rotes Gesicht! „Diese verfluchte Bande“, ruft er, „taut machen wollen sie die kleinen Händler.“

„Was ich bin, wissen Sie“, fährt er ruhiger fort. „Ich bin Sozialdemokrat. Nun fangen Sie aber nicht gleich an, gegen die SPD zu hetzen. Ich weiß ganz genau, was meiner Partei fehlt. Es fehlt genug. Aber bei den Kommunisten geht's uns noch viel schlimmer. Dann werden wir Kaufleute alle enteignet und können verhungern.“

Als ich ihn frage, was es denn bei ihm eigentlich zu ent-

eignen gäbe und ob das bei ihm nicht schon längst von anderen besorgt ist, blüht er mich verächtlich an und antwortet schüchtern: „Recht haben Sie ja.“

„Die Kommunisten enteignen nicht den kleinen Mann. Die Kommunisten nehmen den Erträgen und sorgen dafür, daß die kleinen Arbeit und Brot haben. Haben Sie etwas dagegen, daß die Millionäre, die das Volk auslindern, enteignet werden?“

„Nein, nein, im Gegenteil“, antwortet der kleine Kaufmann. Und dann beginnt eine lange Diskussion mit ihm. Er ist hartnäckig und verbissen. Aber schließlich sagt er doch zum Abschied: „Ja, es ist alles nicht so einfach. In vielen haben Sie schon recht. Wir kleinen Kaufleute wissen viel zu wenig, was die Arbeiter wollen. Man müßte sich mal darum kümmern.“

J. K.

„Roland“ und „Primus“ vor dem Streit

Ermittlung in der Primus-Siedlung nicht durchgeführt — Vor einem Massenkampf der Neubausmieter — Neue Streikbeschlüsse am Hohenstaufenplatz — Meiershof-Mieter beschließen Kampf

In der Roland-Neubausiedlung in Reinickendorf-Ost, deren Direktion unerhörte hohe Mieten fordert, wollte gestern der Gerichtsvollzieher die Ermittlung eines Mieters durchführen. Eine heftige Protestaktion der Roland-Mieter, die sich vormittags in großen Scharen bei dem von Obdachlosigkeit bedrohten Mieter ansammelten und eine Delegation zum Verwaltungsbüro schickten, setzte durch, daß die Ermittlung auf den 16. Januar verschoben wurde.

Die Roland-Mieter in Reinickendorf haben übrigens, ebenso wie die Primus-Mieter am Schönholzer Weg, Kampfbeschlüsse für Herabsetzung der Mieten gefaßt. Sie fordern eine Senkung um 20 Prozent. Der Mieterrat, dessen Zusammensetzung auf überparteilicher Grundlage erfolgte, hat unter Zustimmung der überwiegenden Mehrheit der Mieter beschlossen, daß am 1. Januar der Mieterstreik beginnt, falls die Forderungen nicht bewilligt werden.

zu den schwebenden Mieterfragen. Die Wohnungen und auch die Häuser befinden sich in einem miserablen Zustande. Die Mieter sind von werktätigen Mietern kaum noch zu erschwingen. Im Hause Schönleinsstraße 8 wurde bereits vor einigen Tagen der Mieterstreik beschlossen.

Vor zwei Tagen fand eine neue Versammlung statt, zu der die Mieter aus verschiedenen Häusern geladen waren. Der Versammlungsräume erwies sich als zu klein, so daß eine Parallelversammlung stattfinden mußte. Neben den zentralen Forderungen der Groß-Berliner Mieter wurden konkrete Forderungen für die einzelnen Häuser aufgestellt. Die Mieter erklärten sich einstimmig dafür, die Mieteraussetzung wurde erweitert und wird nunmehr diese Forderungen den Hauswörtern unterbreiten. Falls die Forderungen abgelehnt werden, wird ab 1. Januar der Streik in vier Häusern durchgeführt werden.

Die Mieter rund um den Hohenstaufenplatz in Neukölln haben in der letzten Zeit ebenfalls häufig Stellung genommen

In Meiershof, Adersstraße 132, haben die Mieter in einer Mieterversammlung den sofortigen Mieterstreik beschlossen.

Jahrelang Steuerzahler, dann „lästiger Ausländer“

Erwerbslose von der Sonnenallee über praktische internationale Solidarität (Erwerbslosenkorrespondenz)

Wenn die „Rote Fahne“ gestern früh zum Protest gegen die Traglast der in Deutschland anässigen ausländischen Proletarier aufrief, so hat sie damit wieder einmal uns Erwerbslosen aus dem Herzen gesprochen. Das beweist auch am besten folgendes praktisches Beispiel, das sich am 29. Dezember hier in Neukölln zugetragen hat.

Zu den Erwerbslosen der Sonnenallee kam ein 30-jähriger Prolet und jammerte, daß er keinerlei Unterstützung, weder von der Au und Krise noch von der Wohlfahrt erhalte.

Warum? Der geplagte Prolet, L. M. aus Neukölln, ist italienischer Staatsangehöriger.

Seit 1890 wohnt er in Deutschland, 32 Invalidenarten hat er als Hauptrolle vollgefressen. Er ist im Baugewerksbund organisiert. Sein Geld war also der deutschen Bourgeoisie gerade noch gut genug zum Abknöpfen. Aber jetzt, wo er erwerbslos ist, will man ihn keine Unterstützung geben. Dabei muß er noch für eine kranke Frau sorgen. Halt, wenn wir sagen: „keine Unterstützung“, bleiben wir nicht bei der Wahrheit, denn L. M. erhält Unterstützung, und zwar vom Konsul des „Dritten Reiches“.

Der italienische Konsul, der Volkstrotzer des Willens Mussolinis in Deutschland, zahlt dem Bauproleten zusammen mit seiner kranken Frau wöchentlich 5 Mark Unterstützung aus. Nun wissen wir auch, wie hoch die Unterstützungssätze im „Dritten Reich“ sind. Für ein Ehepaar 5 Mark die Woche, Miete eingerechnet. Als das der italienische Prolet den Erwerbslosen von der Sonnenallee erzählt hatte, packte sie eine helle Wut, sie wollten nicht mitgehuldigt sein an dem furchigen Hungerterode ihres italienischen Kollegen. Sofort entbanden sie eine ganze Delegation zum Wohlfahrtsamt Kaiser-Friedrich-Strasse (natürlich, ohne dem italienischen Proleten etwas davon zu sagen, denn sonst würde dem die Ausweisung ins Dritte Reich drohen, was kein Prolet verantworten könnte). Die Delegation verlangte die sofortige Auszahlung der richtigen Unterstützung für den ausländischen Erwerbslosen, genau in der gleichen Höhe, wie sie ein deutscher erwerbsloses Ehepaar erhält. Die Delegation erklärte, nicht eher das Wohlfahrtsamt wieder verlassen zu wollen, bis der italienische Kollege seine Unterstützung erhält. Und das Wohlfahrtsamt mußte nachgeben. L. M. erhielt sofort und vor jetzt an tausend wenigstens die Unterstützung, die seine deutschen Kollegen auch erhalten, wobei wir natürlich wissen, daß das wenig genug ist.

H. M.

Zolle Schikanen der Krankentassen

Kranke Erwerbslose werden wegen eines Stempels hin- und hergejagt

Die vorwiegend sozialdemokratischen Bongen in der Ortskrankenkasse Berlin veräben seit längerer Zeit ganz unerträgliche Schikanen. Bekanntlich zahlen auch die in der Au und Krise befindlichen Arbeitslosen keine Gebühren für die verordneten Arzneimittel. Aber die SPD-Bongen der Krankentasse kürzen die Menge der Arzneien, die ein Arzt für einen Patienten verordnen darf, immer mehr, ja sobald Ärzte über die Norm hinausgehen, zieht die Kasse ihnen die Differenzsumme von den Gebühren ab. Die allergroßten Schwierigkeiten aber werden den Erkrankten selber bereitet, damit sie auf die verschriebenen Arzneimittel entweder verzichten oder gezwungen sind, sich dieselben von ihrer kärglichen Unterstützung selbst zu kaufen.

Ein Beispiel: Eine Kranke begibt sich vom Arzt mit dem weißen Zettel und Krankenschein, auf dem klipp und klar vermerkt ist, daß die Arzneimittelabgabe das Rezept ist, zum Apotheker. Der verweigert die Abgabe, da das Rezept keinen Stempel trägt. Die Patientin muß zurück zum Arzt. Der lehnt die Abtnehmung des Scheines ab. Der Apotheker könne die Arznei auch ohne Stempel geben, andernfalls müsse die Frau zur Krankentasse gehen.

Auf der Krankentasse — es handelt sich um die Krankentasse Charlottenburg — der Arzt mangert Frau. Der Patientin muß den Stempel geben! Der Arzt weigert sich. Die Patientin begibt

sich zurück zur Krankentasse und erst nach vielem Hin und Her erhält sie den Stempel.

Gleich beim nächsten Male erlebt sie die gleichen Schikanen: der Arzt gibt den Zettel, der Apotheker verweigert die gebührende Herausgabe der Arznei und der Krankentassbeamte will den Stempel nicht geben. Ein Angehöriger der Krankentasse stellt den Beamten zur Rede: „Das letztmal wurde doch das Rezept gestempelt!“ Raschköpzig erklärt der Beamte, er wisse davon nichts. Als aber der Angehörige nicht locker läßt, schickt ihn der Beamte zur gegenüberliegenden Apotheke, dort bekomme er bestimmt die Arznei! Natürlich verweigert der Apotheker die Herausgabe und sagt: „Der Beamte wollte Sie nur los werden!“

So geht die Tortur weiter: Zurück zur Krankentasse. „Ich bekomme keine Arzneimittel ohne Stempel.“

Nach wie vor lehnt der Beamte die Abtnehmung ab. Am nächsten Tage versucht es die Kranke selbst, die die Arznei unbedingt nötig hat. — Nach dieser Mühe erhält sie dann auch den Stempel.

So kehren die sozialdemokratischen Bongen, die sich diese Gehälter aus den Krankentassengeldern zahlen lassen, die Kranken und Elenden unzählige Male hin und her. Was fragen sie danach, daß die arbeitslosen Kranken das Recht haben auf die Gewährung von gebührenfreien Arzneimitteln.

„Junge Volksbühne“ erklärt sich bereit „Gott, Kaiser und Bauer“ aufzuführen

„Das ganze Stück ist eine fortgesetzte unglaubliche Kränkung des religiösen Gefühls von uns Katholiken — im ganzen und in Dingen von Einzelheiten, auf deren Nennung hier wegen ihrer Unklarheit und Schamlosigkeit verzichtet werden muß. Wir fordern die sofortige Ablehnung! — Das Gott mit diesem Nachwort schon im Titel in Verbindung gebracht wird, ist die erste und unerträglichste Beleidigung.“ Mit dieser „Kritik“ der „Germania“ begann die Hege der Reaktion gegen die Auf- führung des geschichtlichen Schauspiel „Gott, Kaiser und Bauer“ von Julius Hay im Deutschen Theater. „Der Deutsche“, die Zeitung der gelben Gewerkschaften, gebärdete sich noch heftiger: „Die revolutionären Dichter glauben so etwas wie Morgenluft zu wittern... alles in allem primitive kommunistische Propaganda... Es ist eine unerhörte Zumutung, christlichen Menschen ein solches Stück vorzuführen...“ Prompt erfolgte eine organisierte Störung der vereinigten katholischen und nationa- listischen Reaktion mit dem Ergebnis: das Stück wurde vom Spielplan des Deutschen Theaters abgenommen. Direktor Beer und der Regisseur Karlheinz Martin (letzterer leidet an chronischen politischen Unfällen) beteuern nun: Sie wären gute Katholiken. Karlheinz Martin, der stets nach links zu schielen pflegt, wenn dies für ihn eine gute Konjunktur zu sein scheint, ist mit diesem rückgratlosen Zurückweichen eines einst revolutionä- ren Bühnenmannes zwar nicht das erste Mal, nun aber wirklich endgültig erledigt.

Hay's Stück ist nun ein bedeutender Versuch zur dramatischen Gestaltung eines geschichtlichen Stoffes, eine Probe auf die Ge- staltungskraft und die Entwicklungsmöglichkeit des Autors. Zwar kein revolutionär einwandfreies Drama, aber immerhin ein künstlerisch wertvolles Stück mit starken Anzeichen der Drama- tisierung des Klassenkampfes zwischen den revolutionären Bauern und Bürgern und dem Feudaladel im späten Mittelalter. Wenn der Stoff Hay einstweilen auch des öfteren aus den Händen gleitet, wenn die dramatische Aufrollung der revolutionären Kämpfe auch nicht reiflos gegliedert ist, so bleibt sein Wille, Ge- schichte dramatisch im Sinne des historischen Materialismus zu meistern, doch höchst bemerkenswert.

In der Weimarer Republik sind aber nur Geschichtsklitterun- gen in der Art der schillernden „Cromwell“-Aufführung der alten Volksbühne gestattet, eine historisch einigermaßen getreue dramatische Wiederbelebung der Vergangenheit sollte, wenn die Herren allein zu entscheiden hätten, mit allen Mitteln der Ge- walt unterdrückt werden. Das organisierte deutsche revolutionäre Proletariat wird aber den Herren einen Strich durch die Rechnung ziehen. Es ist äußerst bezeichnend für den kapitali- stischen Theaterbetrieb und seinen Faschierungsprozeß, daß durch den Terror der vereinten Reaktion gegen jedes Theaterstück, das auch nur einen Hauch freier Luft in die verkommenen bürgerlichen Theaterphäre hineinträgt, eine tolle Hege entfacht wird. Nichts illustriert besser die äußerste Verschärfung der kapitalistischen Krise als die Tatsache, daß die Bourgeoisie und ihre Theaterinstrumente es überhaupt nicht mehr wagen können sich mit den aktuellen Problemen unserer Zeit auseinanderzusetzen. Eine Kunst, die auch nur in entferntem Sinne wahr- heitgemäß an die Gestaltung von aktuellen Problemen heran- geht, kann heute nur noch innerhalb der revolutionären Arbeiter- bewegung Verständnis und Unterstützung finden. Hier allein ist die Garantie für die Weiterentwicklung der Kunst.

Geungen ist dem Autor von „Gott, Kaiser und Bauer“, in lebensvoll charakterisierten Figuren des Kaisers Sigismund und des Papstes Johann XXIII. die Korruption in der Umgebung eines Monarchen und des höchsten Klerus aufzudecken. Nicht ganz gelungen ist ihm, worauf es eigentlich angekommen wäre, die Klassenkämpfe des 15. Jahrhunderts in ihren ökonomischen und politischen Triebkräften, in ihren Widersprüchen vielfältig und glaubwürdig auf die Bühne zu bringen. Das formale Schema der Shakespeare'schen historischen Dramen ist zu eng geworden zur dra- matischen Fassung geschichtlicher Ereignisse im dialektischen Zu- sammenhang des historischen Prozesses. Die neuen „Zusätze“, die neuen Erkenntnisse fordern neue dramatische Formen.

Hay wollte ein Klassenkampfdrama gestalten. Dies ist ihm

Die Theaterdirektion des „Deutschen Theaters“ hat vor einer Handvoll nationalistischen Mobs, der im Auftrage imperialer und „nationaler“ Kreise die Aufführung des Stückes „Gott, Kaiser und Bauer“ von Hay durch Störung zu verhindern versuchte, glatt kapituliert. Die „Junge Volks- bühne“ als Vorkämpferin gegen kulturreaktionäre Vorstöße auf dem Theatergebiet hat in selbst- verständlicher revolutionärer Pflicht sich sofort bereit erklärt, das Stück von Julius Hay zu über- nehmen. Der Autor ist von diesem Anerbieten verständigt worden.

Das rote Berlin, in dem die Kommunistische Partei mit 860 000 Wählern weitaus die stärkste Partei ist, würde durch seine machtvolle Unterstützung für die Aufführungen der „Jungen Volksbühne“ dafür Sorge tragen, daß das Stück „Gott, Kaiser und Bauer“ ohne die geringsten Störungen aufge- führt werden kann.

Es ist mehr als bezeichnend für den kapitalistischen Theaterbetrieb und seinen Faschierungs- prozeß, daß durch den Terror des nationalistischen Mobs jedes Theaterstück, das auch nur noch einen Hauch freier Luft in die verkommenen Theaterphäre hineinträgt, verfolgt wird. Es ist aber nicht weniger bezeichnend, daß heute jede fortschrittliche Kunst bei der revolutio- nären Arbeiterklasse Zuflucht suchen muß, wenn sie überhaupt an die Öffentlichkeit gelangen will. Nichts kann besser den Verfallungsprozeß der bürgerlichen Kunst illustrieren als die Tatsache, daß die Bourgeoisie und ihre kapitalistischen Theaterinstrumente es überhaupt nicht mehr wagen können, sich mit den aktuellen Problemen unserer Zeit auseinanderzusetzen.

Der Zustand muß aufhören, daß eine Handvoll Marodeure, korrupter Elemente, im Auftrag mächtiger kapitalistischer Interessengruppen, die durch das revolutionäre Theater einen weiteren Einbruch in die Kreise der von ihnen irreführten Massen befürchten, im roten Berlin die Aufführung von Theaterstücken unmöglich machen wollen. Jetzt wird das rote Berlin zeigen, daß es gewillt ist, zum Angriff gegen die Kulturreaktion überzugehen!

nur zu einem Teil gelungen; dieser „Teil“ ist aber bereits als Verdienst eines jungen, sehr begabten Dramatikers zu werten. Wir wollen nun keinesfalls verschweigen, daß eine traditionelle Belastung des Autors durch formale Elemente eines gelockerten, reuemäßig zerlegten Dramas die vollwertige klassen- kämpferische Bewältigung des Stoffes beeinträchtigt. Der Kaiser spielt die Hauptrolle... Er und der Papst sind lebendige Men- schen; die Revolutionäre Jiska und Zug hingegen: Leitartikel heruntergelesener Pappmachefiguren. Die revolutionären Bauern gar bloße Aharbarber murrende Statistiker. Es ist auch eine etwas billige und primitive Methode der Charakterisierung, wenn man menschliches, klassenmäßig bedingtes Sein und Be-

wehsein gleichsetzt den Papst und den Kaiser in ihrer tatsäch- lichen Klassenexistenz verhält, indem man sie durch Selbstenthäl- lungen zu „enthüllen“ meint. Auf folgende Weise etwa: Ich bin ein großer Gauner und ich bin ein großer Lump.

Die Regie von Karlheinz Martin vergrößert die Fehler durch Überbetonung des Dekorations, durch Vertuschung der geschichtlichen Hintergründe. Ausgezeichnet der Bühnenaufbau von Traugott Müller. Die schauspielerischen Leistungen von Fritz Kortner, Paul Wegener und Margarete Mejer verrücken die richtigen Pro- portionen des geschichtlichen Geschehens in eine Sphäre der „großen Persönlichkeiten“, da ihnen keine gleichwertigen Dar- steller der revolutionären Rollen zur Seite stehen. Darius

Bleigießen

Die prunkvollen Räume des Kaiserhofs waren hell erleuchtet, am hellsten aber strahlte die Zimmerluce, die Adolf Hitler bewohnte. Der ganze Stab hatte sich zum Silvesterfesten ver- sammelt. Die eigens präparierten Champagnergläser, deren Pfropfen nicht mit dem üblichen Knall, sondern mit dem Ruf „Deutschland erwache“, in die Luft sprangen, ruhten in eisge- kühlten Kübeln, einer Temperatur, die ungefähr den untersten Einheiten entsprach. Aber in den Zimmern war es schön warm. Gleich sollte die Festlichkeit beginnen, nur eine kleine Formalität war noch zu erledigen.

Militärische Schritte erklangen auf der Treppe. Die Gesichter der Anwesenden hellten sich auf. Der GDS (Sammelbüchsen- Ober-Schnorrer), dem die Verteilung und Kontrolle der Sammel- büchsen oblag (es gab deren Tausende und aber Tausende in Berlin), trat ein und meldete sporenklingend das heutige Ergebnis. Es war nicht sehr erheblich und sogar noch schlechter als das des Tages vorher. Das Schlimmste war aber der Bericht des GDS, daß das Publikum zwar an Bargeld, aber durchaus nicht an geistigen Bemerkungen sparte. „Hat Hitler schon 'ne Stempelkarte? — Ja, der Kaiserhof ist nicht billig — Jetzt wird es bei euch hülser“, ufm. „Das stimmt“, sagte Hitler und knippte die Wirtin aus, „das Publikum hat gar nicht so unrecht, der Kaiserhof ist teuer und wenn das so weitergeht...“, mehr hörte man nicht, ein konsultives Schluchzen durchzuckte die Hünengefäße, man konnte nur ein unter Wimmern hervorgehohenes Wort, das wie „Stempelkarte“ klang, vernehmen. Der Stab sprang auf: „Ver- zühige dich, o Führer, das werden wir niemals zulassen, was sollte sonst aus uns werden“. Der Hiobsbote verschwand. Hitler wurde von den Seinen mit Sekt gelabt. Das half. Das „Deutsch- land erwache“ der Pfropfen, erinnerte an verschollene Zeiten ge- füllter Sportpaläste. Tempel passati.

Die Stabsmitglieder hielten ein Traktätchen in der Hand. „Neujahrserbauung von Adolf Hitler“ stand auf dem Titelblatt. Aus Sparmaßnahmengründen verwendete man dieselben des vorigen Jahres. Es hatte sich ja nicht viel geändert, nur die Zahl 1932 hatte sich auf 1933 erhöht (ein Beweis übrigens, daß die Wähler- schaft der NSDAP dauernd zunimmt), und der Name Gregor Straker war von ganz oben an die Stelle der Dahingekleideten gerutscht.

Endlich war es so weit. Der Ruck der Wanduhr hatte zwölfmal „Heil Hitler“ gerufen. „Prost Neujahr, Prost Neujahr“. Die Stabsmitglieder sanken sich in die Arme. Hauptmann Röhm kam auf seine Kosten und schwitzte vor Wärme. „Was nun?“ Die gehobene Stimmung drohte abzulaufen. „Bleigießen“ schlug einer vor. Alle waren einverstanden. Der Führer machte den Anfang. Und was hielt er endlich in der sitternden Hand? Ein Gebilde, das die unverkennbare Ähnlichkeit mit einer Kokonade hatte. „Die führt ins Dritte Reich“, murmelte er gerührt. „Aber für diesen langen Weg scheint sie doch nicht stabil genug gebaut

zu sein“, meinte einer. „Und außerdem bewegt sie sich ja nicht.“ „Soll das heißen, daß unsere Bewegung zum Stillstand gelangt ist?“ bedachte ein anderer. Plötzlich verstummten sie. Ein Schimmengewirr erhob sich auf der Straße, gerade unter ihrer Fenster. Hitler trat ans Fenster, schnitt ein Loch in den Vor- hang und presste sein Auge daran. „Schämt euch, ihr Klein- mütigen“, jagte er zu seinem Stab. „Draußen stehen SA-Männer, um uns ihren Neujahrswunsch zu überbringen. Noch lebt die

Bücherschau: „Die Welt von heute und morgen“, Leipziger Straße 54/56

Bewegung.“ Er riß das Fenster auf. „Abfahren könnt ihr, ihr Gauner“, klang es klar und deutlich zu ihnen herauf. „Wir werden euch schon Dampf geben.“ Bums, schlug das Fenster zu und mit einem Knack raselten die Jalousien herunter. Mit der Lokomotive hat's ihre Richtigkeit und jetzt sollen sie sogar Dampf bekommen. Die Masse sorgt für Betriebsstoff. Beria Wiener

Erinnerung

(Arbeiterkorrespondenz)

Zu der Arbeiterkorrespondenz: „Herr Weis, erinnern Sie sich?“ eine kleine Episode. Wir waren im Polizeipräsidium beim Sicherheitsdienst. Als wir vernahmen, daß den Wärtinnen im Marjall die Löhnung verweigert wurde, zogen auch wir in einem Trupp zum Marjall. Hier schlugen bereits die Granaten in das Gebäude ein. In der Ecke Heiliggeist- und Königstraße fanden Truppen der 3. und 4. Jäger unter Führung eines Majors. Als ich den Major aufforderte, dafür zu sorgen, daß das Feuer eingestellt würde, erklärte er, daß er darauf keinen Einfluß hätte, die Artillerie stände ja weiter hinter. Darauf ein Zeichen und einige Schüsse in die Luft und der Major war umgelenkt. Als nun noch einige andere Offiziere kamen, wurden auch diese von uns verhaftet und nun ging es mit diesen die Königstraße entlang zum Polizeipräsidium, wo wir die Gefange- nen abliefern. Unterwegs flogen Steine, Seitengewehre usw. gegen die „Spezialjäger“, die jedoch durch unseren unfeindlichen Schutz heil im Präsidium ankamen. Wir lieferten die Gefangenen beim roten Polizeipräsidium Emil Eichhorn ab. Als uns nun auch Truppen der gefangenen Offiziere in den Lichthof folgten, hielt ich eine kurze Ansprache, daß wir von ihnen nichts wollten, sondern daß uns nur daran lag, die Offiziere gefangen zu neh- men. Und nun kommt das Bedauerliche: Als ich am Abend Aus- gang Dirksenstraße Polten fand, kamen die Wärtinnen der ge- fangenen Offiziere mit Karous, in denen sich Zivilisten für die Offiziere befanden, und kurze Zeit darauf verließen die Ge- fangenen, die wir gemacht hatten, das Präsidium.

Der Trommler Fabenz und Schleiher schreibt einen Artikel gegen die URS. Per Titel dieses Nr. 226 der „Roten Fahne“ besprochenen Romans ist: „Fellein fallen.“



Da feiern sie den Jahresschluß,
Ersaufen schier im Ueberfluß.
Was geht's die an bei Kübeln Sekt,
Ob draußen der Prolet verreckt?!

Erwerbslose und DMB.-Wahlen

Su den Bezirksleitungs-wahlen des DMB. am 4. Januar 1933

Von einem erwerbslosen DMB.-Mitglied wird uns geschrieben:

In den letzten Jahren haben die DMB.-Führer die Kämpfe der Betriebsarbeiter damit abzudrehen versucht — bis vor kurzem ist es ihnen häufig geglückt —, daß sie erklärten, daß man bei solch großer Erwerbslosigkeit nicht streiken könne, da die Erwerbslosen den im Betrieb stehenden Arbeitern in den Rücken fallen würden. Noch am 13. Juli d. J. erklärte der Sozialdemokrat Biederermann:

„Wenn eines Tages wirklich alle Betriebe in Deutschland im Streit stehen würden, würden aus dem Millionenheer der Erwerbslosen genügend Arbeiter in die Betriebe laufen, um dieselben wieder in Gang zu bringen.“

Damit haben die sogenannten „erprobt“ Arbeiterführer die erwerbslosen Kollegen als Streikbrecher beschimpft. Erst die letzte Streikwelle auf Grund der Wapennachverordnung hat sie bezwungen, von dieser Theorie (oder besser von diesen Mandatörern) abzulassen, da die Tatsachen zu hart das Gegenteil bezeugten. So muß die „Metallarbeiter-Zeitung“ vom 15. Oktober 1932, Nr. 42, zugestehen, „daß die organisierte Arbeiterschaft selbst in schwerster Krisenzeit siegreiche Kämpfe führen kann“. Ja, als die Streikwelle über die Köpfe der Führer hinwegging, konnte man nicht mehr anders. Aber wir vergessen es nie. Das jahrelange Beschimpfen der Erwerbslosen als Streikbrecher, verbunden mit der Anti-Streiktheorie, daß man in der Krise keine erfolgreichen Kämpfe führen kann, trägt die Schuld an der tiefen Verelendung der Arbeiterklasse.

So ist es verständlich, daß sich der DMB, wie auch die Berliner Ortsverwaltung des DMB, dagegen sträubten, den Erwerbslosen im Verband mehr Rechte einzuräumen. Es ist einleuchtend, die Betriebsarbeiter müssen im DMB, die entscheidende



Roller spielen, aber die heutige Millionen-erwerbslosigkeit läßt sich einen gewaltigen Einfluß auf alle Kämpfe aus, daß ohne Verbindung mit den Erwerbslosen keine größeren Erfolge möglich sind. Es muß nochmals daran erinnert werden, die erste Lohnabbauwelle während der jetzigen Krise wurde durch den Wöben der Unterführungsgröße (Heimann-Müller-Regierung) vorbereitet. Diese Tatsache zeigt klar und deutlich, wie innig die Interessen der Betriebsarbeiter mit denen der Erwerbslosen verbunden sind.

In den Bezirksvertrauensmännerkonferenzen des DMB, am 4. Januar 1933, wo die Bezirksleitung neu gewählt wird, muß die Opposition zu diesen Fragen Stellung nehmen und von der aufgeklärtesten grundsätzlichen Stellung heraus eine Vertretung der Erwerbslosen in den Bezirksleitungen fordern.

Eine alte Forderung der Opposition ist, besonders die Wahlkörperverfassungen der Erwerbslosen nicht mehr nach Branchen zusammenzufassen, sondern in den Bezirken durchzuführen. Diesem Antrag ist bis jetzt nie stattgegeben worden, da man den Erwerbslosen den Weg zur Vertretung ihrer Interessen im Verband verperren will. Das Ergebnis ist, daß auf der letzten Generalversammlung Lage und Lage vier Delegierte, die etwa 50 Prozent der erwerbslosen Mitglieder vertreten, anwesend waren. Man hat zwar den Erwerbslosenantrag, der zuzählige Unterstützung fordert, angenommen, aber nicht beraten, wie die Erwerbslosen sich diese Mittel erkämpfen können.

In den Gewerkschaftsversammlungen spricht man es aus, und zwar heißt das Mithelmittel: Vertretung auf den Reichstag. Bei den erwerbslosen Bau- und Maschinenbauern erklärte Kiedel sogar am 21. Dezember, „die Gewerkschaften könnten für die Erwerbslosen überhaupt nicht kämpfen, weil diese Aufgabe der politischen Parteien ist“. Die Annahme des Erwerbslosenantrages auf der Generalversammlung war also nur ein Lippenbekenntnis. Einen Kampf um die Durchsetzung der Forderungen wird die Ortsverwaltung so wenig führen wie die Bezirksleitungen in ihrer jetzigen Zusammenfassung. Ihre Politik der Zusammenarbeit mit der faschistischen Schleicher-Regierung, die Partei in seinem letzten Artikel offen propagiert hat, verbietet ihnen jede solche Kampfmaßnahme.

Der Antrag muß aber dazu dienen, bei den Bezirksleitungs-wahlen die Forderung der Erwerbslosoververtretung in den Bezirken zu verbreitern. Steht es doch in dem letzten Abschnitt:

„Sie (die Generalversammlung) beauftragt alle Funktionäre des Verbandes, überall diese Forderungen der Erwerbslosen zu unterstützen und besonders die Betriebsbelegschaften für ihre Durchsetzung bei Kommune, Staat und Reich zu mobilisieren.“

Die oppositionellen Funktionäre müssen bei der Wahl auf diesen Antrag hinweisen und betonen, daß dies die logische Schlussfolgerung einer stärkeren Vertretung der erwerbslosen DMB.-Mitglieder in den Verbandsinstanzen nach sich zieht. Eine enge Verbindung zwischen Betriebsarbeitern und Erwerbslosen ist die beste Vorbereitung zu neuen Kämpfen und Siegen.

Wählt deshalb bei der Wahl der Bezirksleitung nur Kollegen, die gegen den Leipziger Kurs Stellung nehmen und sich für die Interessen der Betriebsarbeiter und der Erwerbslosen einsetzen!

Massenentlassungen bei Wschinger

Die Opfer des Verrats der Gewerkschaftsführer — Der Kampf muß organisiert werden

Nachdem die Firma Wschinger, gestützt auf den mit Hilfe der Gewerkschaftsführer zustande gebrachten Tarifvertrag, eine neunzehnstündige Arbeitszeit festgesetzt hat, beginnt sie jetzt Massenentlassungen durchzuführen. Gestern sind bereits in der 4. Quelle am Alexanderplatz 15 Kollegen und Kolleginnen entlassen worden. In der 6. Quelle am Moritzplatz sollen vier ihre Papiere erhalten. Das ist der Anfang zu den 400 Massenentlassungen, die wir bereits als Folge der Arbeitszeitverflechtung ankündigten, die aber die Direktion bisher abgestritten hat.

Die Wschinger-Direktion stützt sich bei ihrem Vorgehen auf das Verhalten der sozialdemokratischen, christlichen und Hirsch-Duncker'schen Verhandlungsführer, auf deren Betreiben der neue Tarifvertrag mit seinen ungeheuren Verschlechterungen zustande gekommen ist. Triumphierend verkündete damals der „Vorwärts“: „Kein Sieg der KGD bei Wschinger — keine Opfer der Belegschaft“. Die Kollegen, die jetzt entlassen werden sollen, das sind die Opfer der Vertragspolitik der Gewerkschaftsführer, genau so wie die Gemäßigten bei den Streiks, die die Gewerkschaftsbürokratie abwürgen konnte.

Am der Wschinger-Belegschaft ist es jetzt, sofort den Kampf gegen die Massenentlassungen aufzunehmen, Quellenverjammlungen zu organisieren und Kampfbeschlüsse zu fassen. Wir weisen auf unseren Artikel über die Lehren der bisherigen Bewegung bei Wschinger, den wir in unserer gestrigen Ausgabe veröffentlichten und in dem wir alle Maßnahmen zur Kampforganisation vorschlugen.

Die Bürokratie des Zentralverbandes der Restaurant- und Caféangestellten veröffentlicht in ihrem Mitteilungsblatt die Behauptung, daß der rote Betriebsrat Groß an dem Tage, wo der Streik beschlossen werden sollte, Ausgang genommen habe. Das ist eine Lüge.

Der Kollege Groß hat am Tage der Urabstimmung Spätfrühstück gehabt und seine Arbeit regulär ausgeführt. Auf diesen Tag folgte der zur Erledigung seiner Betriebsratsangelegenheit festgelegte freie Tag. Auch an diesem Tage hat der Kollege seine Betriebsrats-tätigkeit so ausgeübt, wie es im Interesse der Kollegen notwendig war.

200 Arbeiter im Streikampf

Der Streik bei der Baustelle Rose in Halensee

Am 21. Dezember ist die 215 Mann starke Belegschaft der Firma C. Rose in Spandau-Halensee geschlossen in den Streik getreten. Statt der an und für sich schon ungeheuer gekürzten Arbeiterlöhne von 76 Pfennig plus 3 Pfennig Kinderzulage zahlte der Unternehmer nur 72 Pfennig Stundenlohn. Die Arbeiter, die hier verrichtet werden, sind vom Landeswohlfahrtsamt dem Bezirksamt Spandau übertragen worden. Statt die Arbeiter selbst durchzuführen, übertrug das Bezirksamt der Firma Rose die Arbeiten. Auf diese Weise und mit Hilfe des Lohn-drucks sollen Privatfirmen auf Kosten der Arbeiterschaft saniert werden.

Die Belegschaft nahm zu dem Vorgehen der Stadt und der Firma Stellung und verlangte den ihr zustehenden Tariflohn der Arbeiter. Die Vertrauensleute versuchten auf dem Verhandlungswege mit dem Betriebsrat und der Firma die Zahlung der tariflichen Löhne zu erlangen. Verhandlungen wurden sowohl von der Firma als auch von Seiten der Stadt abgelehnt, weil das Landeswohlfahrtsamt durch den Oberpräsidenten die gezahlten Löhne von 72 Pfennig vertraglich festgelegt habe.

Nach Ablehnung ihrer Forderungen trat die Belegschaft in den Streik. Nun ließen die Firma und das Bezirksamt alle Minen springen, um die einheitliche Streikfront zu zerlegen. Durch Initiative des Klassenbewußten Teils der Streikenden wurde dies verhindert.

Der Polizeiparapparat wurde mobilisiert, um den Massenstreik zu verhindern. Die Polizei ging soweit, daß sie den Streik bis auf den getrockneten Kanal prügelte, wobei ein Hüter des Gesetzes einbrach und beinahe ertrunken wäre.

Die streikenden Kollegen aber zogen geschlossen nach dem Rathaus und verlangten die Zurückziehung der Polizei, sowie

die Nichtvermittlung neuer Arbeitskräfte. Bei Ausbruch des Kampfes wurden sofort die Erwerbslosen Spandaus mobilisiert. Als jetzt die Arbeitsamtsbürokratie 170 Erwerbslose als Streikbrecher vermitteln wollte, mußte sie erleben, daß die Vermittelten die Arbeit nicht aufnehmen, sondern sich mit in die Streikfront einreihen. Ferner wurden Delegationen zu den übrigen Wschinger-Baustellen Spandaus geschickt, die die Kollegen dieser Baustellen aufforderten, Solidarität zu üben.

Am Mittwoch, dem 28. Dezember, fand eine Delegiertenkonferenz aller Wschinger-Baustellen statt und beschloß sofort eine Delegiertenkonferenz der Groß-Berliner Wschinger-Baustellen zu organisieren, wo zu dem Kampf der Streikenden Stellung genommen werden soll, sowie eine Versammlung aller Arbeiter und Arbeitslosen Spandaus durchzuführen.

Die Belegschaft der Baustelle Staaken mit 210 Kollegen, fasste zu dem Streik bei der Firma Rose folgende Resolution:

„Wir protestieren gegen das provozierende Verhalten der Firma Rose und des Arbeitsamts Spandau und erklären, falls der Kampf nicht zugunsten der Streikenden entschieden wird, mit passiver Resistenz zu antworten und behalten uns schärfere Maßnahmen vor.“

Die Wschingerbelegschaft der Baustelle Granewald 2 nahm eine Resolution an, daß sie geschlossen hinter den Forderungen der Streikenden steht und bereit ist, den Kampf aktiv zu unterstützen.

Arbeiter, Erwerbslose und Betriebsarbeiter! Erkennt die Bedeutung dieses Kampfes. Nehmt sofort auf Arbeits- und Stempelstellen dazu Stellung. Organisiert die breiteste Solidarität und die aktivste Unterstützung des Kampfes der streikenden Arbeiter!

Für die Einheitsliste im Siemens-Kabelwerk!

Dem „Vorwärts“ zur Antwort

Der „Vorwärts“ glaubt aus der offenen Selbstkritik, die wir an der Arbeit der roten Betriebsräte im Siemens-Kabelwerk entfalteten haben, Kapital schlagen zu können. Triumphierend schreibt er: Da seht ihr ja, sie geben ihre Fehler selbst zu!

Ja, ihr Herren „Vorwärts“-Redakteure, darin besteht eben der gewaltige Unterschied: Auf Grund unserer richtigen christlichen Klassenpolitik können wir es uns leisten, in offener Selbstkritik alle Fehler und Schwächen, die bei der Durchführung dieser Politik auftraten, offen zur Diskussion zu stellen und die gesamte Arbeiterschaft, in diesem Falle die gesamte Belegschaft anzurufen, an der Überwindung dieser Fehler und Schwächen mitzuarbeiten. Gemäß, die roten Betriebsräte haben eine Reihe von Fehlern gemacht. Aber das was wir ihnen vorwerfen, ist eben, daß sie nicht mit der genügenden Energie den Kampf gegen die Verräterei ihres Runtsch und eures Lübbe aufgezogen sind, daß sie nicht mit der genügenden Energie die Belegschaft zum Kampfe gegen diese Verräterei angereizt haben. Die offene Selbstkritik unserer Kollegen wird niemals den Schutzschild abgeben können für die Politik der Runtsch und Lübbe, die gegen die Interessen der Belegschaft gerichtet war, die die Politik der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer war, die jetzt offen in die Schleicher-Front eingeschwenkt sind.

Die roten Betriebsräte sind nicht wie Runtsch mit der Einstellung Nazi-Gebauers im Kabelwerk einverstanden gewesen. Sie haben nicht wie Lübbe zum Streikabbruch im Metallarbeiterstreik 1930 aufgerufen. Sie haben keine Erklärung unterzeichnet, die politische Diskussionen im Betrieb und das Tragen politischer Abzeichen verbot. Sie haben Fehler gemacht, aber sie haben nicht im Grunde mit der Direktion gegen die Interessen der Belegschaft gestanden.

Gerade die offene und ehrliche Selbstkritik, die wir vor der gesamten Arbeiteröffentlichkeit durchführten, gerade die Tatsache, daß wir allein öffentliche Rechenschaft über unsere Tätigkeit ablegen können, jetzt den Arbeitern des Kabelwerks, mer es ehrlich mit der Vertretung der Arbeiterinteressen meint. Durch die

Anwendung der Selbstkritik lenken wir die Aufmerksamkeit aller Arbeiter auf die Schwächen in der Kampffront. So wie auf der Einheitsliste GMB-Kollegen neben unorganisierten und ehemaligen Kämpfern, die wir aus der Hitlerfront her austreifen konnten, gemeinsam kandidieren, so werden wir bemüht sein alle Kräfte der Belegschaft zu mobilisieren, um die Voraussetzungen zu erfolgreichen Kämpfen um die täglichen Forderungen der Kollegen zu schaffen.

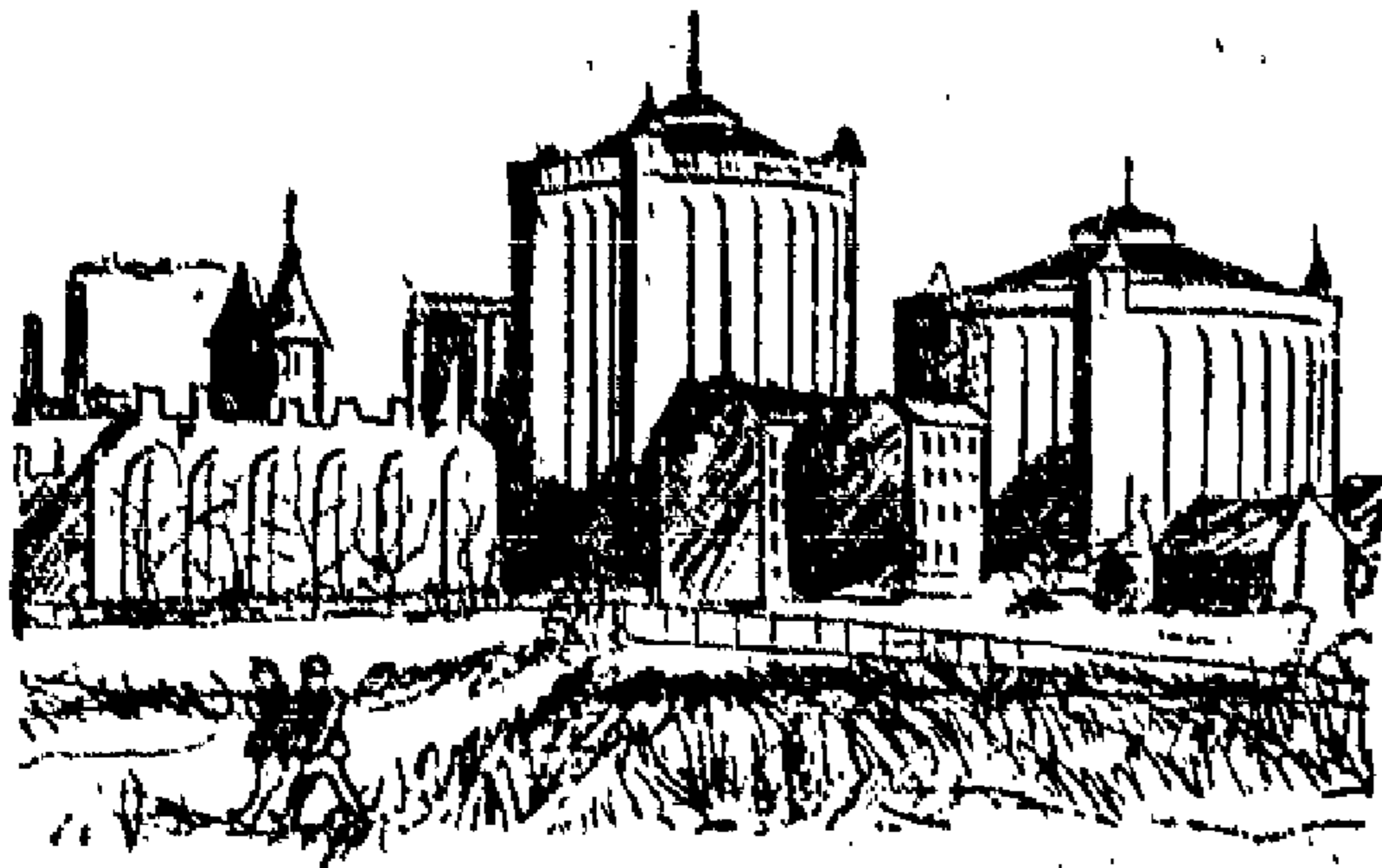
Dabei werden wir auch allen ehrlichen Kollegen die Hand zum gemeinsamen Kampfe reichen, die die Gewerkschaftsbürokratie in diesem Jahre noch als Kandidaten für ihre Liste gewinnen konnte. Deshalb fordern wir die Kabelwerksbelegschaft auf, ihre Stimmen bei der Betriebsratswahl der Einheitsliste zu geben, damit wir gemeinsam diesen Weg im Interesse der gesamten Belegschaft beschreiten können.

Bauarbeiter in Müggelheim streifen weiter

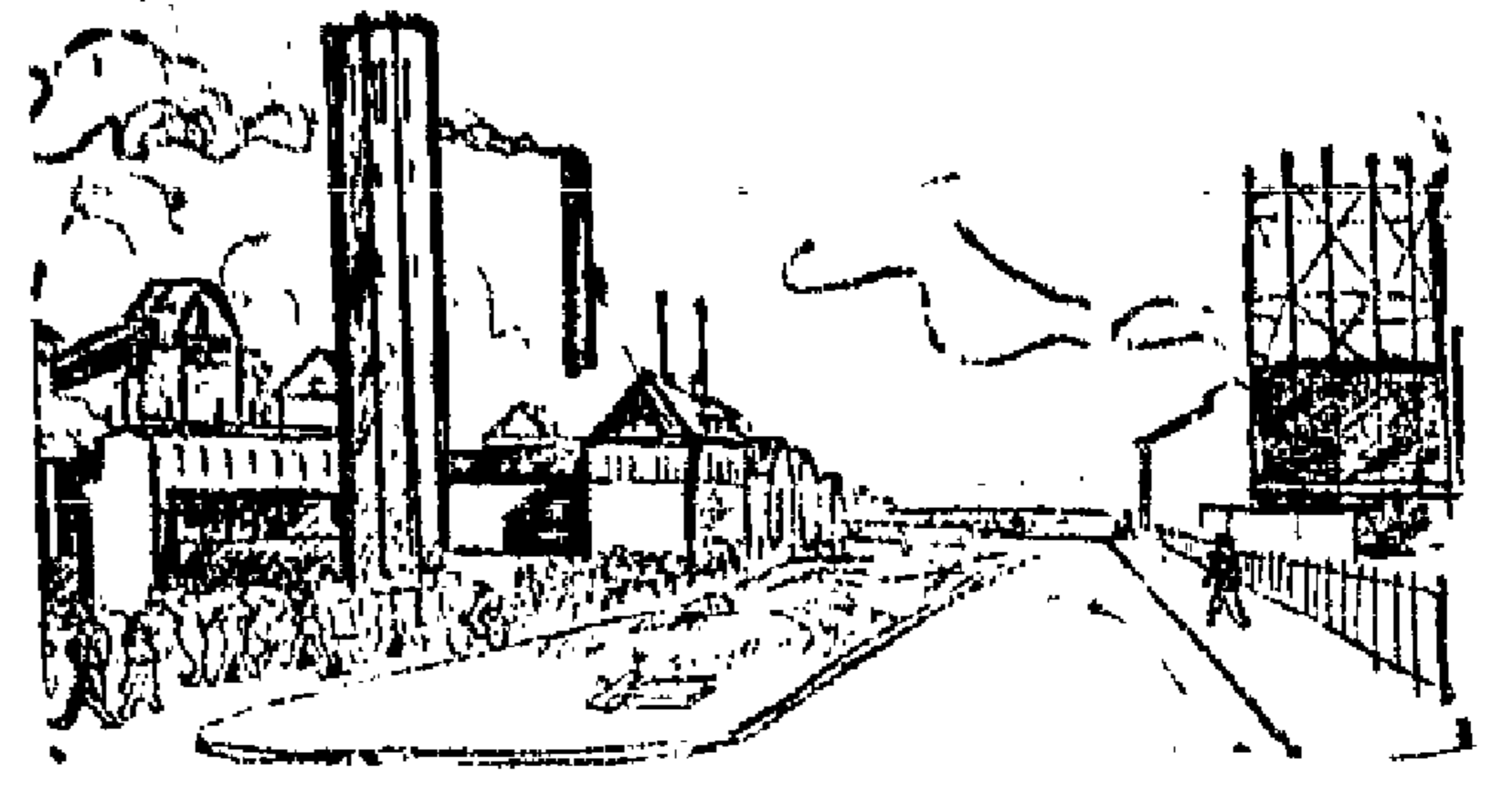
Die 26 Mann starke Belegschaft der Firma Stöbe in Müggelheim befindet sich die dritte Woche im Streik. Während dieser Zeit versuchte der Unternehmer mit Hilfe der Arbeitsamtsbürokratie alles, um eine Zerlegung der Streikfront zu erreichen. Alle Maßnahmen schlugen fehl an der geschlossenen Front der Streikenden in Gemeinschaft mit den erwerbslosen Kollegen. Wie nach dieser Baustelle vermittelten Erwerbslosen, die vom Arbeitsamt in Köpenick zum Streikbruch mißbraucht werden sollten, erklärten sich solidarisch und reichten sich in die Streikfront ein.

Trotz Polizeiterror sah sich die Firma schließlich gezwungen, Teilzugeständnisse zu machen. Sie schickte jedem Kollegen einen Brief, in dem sie sich bereit erklärte, pro Tag 24 Pfennig Fahrgehalt zu zahlen. (Die Forderung der Kollegen betrug aber 2,50 Mark die Woche.) Gleichfalls will die Firma den Zementarbeitern ihren Tariflohn zahlen. Die anderen drei Forderungen betr. Kleiderverleiher, Bezahlung der Laufzeit für die Dauer des RWG-Streiks, Bezahlung der Streikzeit aus Unterlassung der Maßregelungen, lehnt der Unternehmer ab und ermahnt die Streikenden, das Schiedsgericht anzurufen.

Die Streikenden lehnten das Angebot ab und beschloßen, den Kampf weiterzuführen, bis die ausgestellten tariflichen Forderungen teils von der Firma Stöbe anerkannt sind.



Gasarbeiter wählt Kampfausschüsse, entfaltet die Einheitsfrontaktion gegen Lohnabbau und für die Winterhilfe!



Kampf der Gasarbeiter für Winterhilfe

Zür Paläste Millionen, für Winterhilfe keinen Pfennig — Wie steht es mit der Krisenfestigkeit des „Gemeindefeudalismus“? — Der Verrat der reformistischen und Renegaten-Betriebsräte an den Interessen der Gasarbeiter

„Krisenfest“

(Arbeiterkorrespondenz)

Der Streik der G.A. hat bei der gesamten städtischen Arbeitererschaft eine lebhafteste Diskussion entfaltet. Jedes Argument der Gemeindefeudalratie, das gegen den Streik in den Gemeindebetrieben abzuwürgen, ist schlagend widerlegt. Bis jetzt ist es den Gewerkschaftsführern noch gelungen, bei der Gemeindearbeiterschaft gewisse Illusionen zu erwecken, und dazu gehört auch, daß der jetzige Gemeindefeudalismus als „Gemeindefeudalismus“ gepriesen wird, der frei von den privatkapitalistischen Einflüssen unerschütterlich dasteht, und diesen Sozialismus“ sollte man nicht gefährden.

Schrieb doch im Jahrbuch der Gesamtverband-Hauptvorstand folgende Sätze: „Entgegen allen privatkapitalistischen Voraussetzungen ist die kommunale Wirtschaft im Jahre 1931/32 nicht nur nicht zusammengebrochen, sie hat sich vielmehr ausgezeichneter gehalten und stellt einen der weitestgehenden Rückhalte der kommunalen Finanzwirtschaft dar.“

Gegen diese neuen Betrugsmanöver kann man fragen: Ist es vielleicht Krisenfest zu nennen die Jahresproduktion der Gaswerke von 512 Millionen Kubikmeter Gas 1927 auf 410 Millionen im Jahre 1932 zurückgegangen ist? Ist es Krisenfest zu nennen, wenn die Tagesproduktion im Gaswerk Lichtenberg von 150 000 Kubikmeter auf 130 000 Kubikmeter zwangsweise gedrosselt wird, um durch diese Maßnahmen zu erreichen, daß ohne die Tarife für die Kleinfontänen zu senken ein Werk nach dem andern stillgelegt wird? Bürgermeister Essas erklärte bereits, daß innerhalb zwei Jahren nur noch zwei Werke für Berlin bestehen werden, in denen die Produktion konzentriert wird.

Natürlich versucht der Gemeindefeudalismus, die Folgen dieser Krise, die auch durch eine unethische Anleihenwirtschaft hervorgerufen wird (der Zinsdienst der Stadt Berlin ist allein dreimal so hoch wie die Ueberschüsse der Werke!), auf Kosten der Arbeiterschaft zu heben. Es wurde eine nationale Rationalisierung durchgeführt und bei den Gas-, Wasser- und E.-Werken wurden Lohnabbaumaßnahmen über 30 Prozent erzwungen.

Und wenn durch diese Art und Weise es noch gelungen ist, 18 500 000 Mark Ueberschuss zu erreichen, dann ist nichts gerechter, als die geringe Forderung von 56 Mark Winterhilfe und nichts ist richtiger, als wenn die bis auf die Justiz ausgeteilt Gasarbeiter den allerhöchsten Kampf gegen den kommenden 1-Pfennig-Lohnabbau aufnehmen. Schafft überall Kampfkomitees, besprecht eure Lage, nehmt den Kampf auf für die Winterhilfe und gegen jeden Pfennig Lohnabbau.

Fall Reibhart

(Arbeiterkorrespondenz)

Der letzte „Aufbau“, diese Schimpfzeitung der SPD. für die Gasarbeiter, ist sehr entzweielt, weil Kollege Reibhart von den Lichtberger Gaswerken von den bösen Kommunisten zu solchen Taten gezwungen werden sollte, die den Interessen der Gasarbeiter zuwiderlaufen. Nun wollen wir diesen Fall Reibhart ohne Schimpfen ein wenig unter die Lupe nehmen.

70 Kollegen wurden in den letzten Wochen durch Stilllegung vom Dienstlohn vertrieben, wodurch ihre Lebensverhältnisse sich verschlechterten. Wir fragen: Darf ein Betriebsrat nach wochenlangem ruhigen Handel mit der Direktion die Zustimmung zur Stilllegung von Betriebsabteilungen und daraus folgenden Entlassungen von 70 Kollegen geben, ohne die Belegschaft rechtzeitig davon in Kenntnis zu setzen? Dieser Betriebsrat war der Kollege Reibhart.

Weiter: der rote Betriebsrat hat einen Antrag eingebracht, in dem verlangt wurde, daß der stillgelegte Dienstlohn wieder in Betrieb gebracht werden soll, daß die vertriebenen Kollegen wieder ihren ursprünglichen Arbeitsplätzen zugeführt werden sollen. Wer hat dagegen gestimmt? Kollege Reibhart mit dem gesamten reformistischen Betriebsrat!

Wir fragen: Darf ein Betriebsrat durch freie Vereinbarung mit der Direktion Abfindungszulagen von 10 Mark für die Reinigungskräfte ohne die Belegschaft zustimmen? Das war wieder der Kollege Reibhart.

Wer hat seine zustimmende Erklärung im Betriebsrat für die 50 Mark Winterhilfe, die von dem roten Betriebsrat beantragt wurde, zurückgezogen? Das war der Kollege Reibhart, der auch gegen die Herabsetzung der Tarife für die kleinen Konsumenten und gegen die 40-Stunden-Woche mit Lohnausgleich gestimmt hatte.

Das Schimpforgan behauptet, daß Reibhart aufgefordert wurde, den Betrieb für den SPD-Streit stillzulegen. Wie hatte die KPD, oder KPD, von Reibhart verlangt, daß ohne daß die Voraussetzungen für einen Streik im Betrieb bestanden, er mit einer Handvoll Kollegen den Betrieb stilllegen sollte. Wenn die Kollegen können von einem „rotem“ Betriebsrat nicht verstehen, daß als die SPD-Arbeiter in ihrem heroischen Kampf um Lohn und Brot standen, er von dem Gaswerk Blochmann sich entfernt und die Beschäftigten der Belegschaft sabotiert.

Man kann allerdings verstehen, daß eine solche Art „roter“ Betriebsrat von den Reformisten warm empfangen wird. Und wenn jetzt Kollege Reibhart auf der andern Seite der Barrikade steht, muß man noch mit viel größerer Energie darauf hinweisen, daß die Gasarbeiter die revolutionären Elemente der Arbeiterschaft als ihre Betriebsräte und Führer wählen müssen, die nicht feige Kompromisse, sondern den Kampf verfechten. Nur Kampf kann die Gasarbeiter aus ihrer jetzigen schweren Lage

retten. Glauben vielleicht die Kollegen vom Gaswerk Lichtenberg, daß eine Garantie besteht für einen sicheren Arbeitsplatz der Kollegen, wenn dort stillgelegt wird? Nur der Kampf aller Gemeindearbeiter in Einheitsfrontaktion, durch rote Vertrauensleute und Delegiertenlisten verstärkt, kann sie vor den würgenden Händen des Gemeindefeudalismus retten und ihre Lage verbessern. Kein Pfennig Lohnabbau am 1. Januar und her mit den 50 Mark Winterhilfe!

Wahlterror

(Arbeiterkorrespondenz)

Bei den Berliner Städtischen Gaswerken K.A. stehen zum Februar-März die Wahlen zur Betriebsrat-Krankenkasse bevor. Dazu wird von Seiten des reformistischen Betriebsrats und Obmanns der Krankenkasse eine neue Wahlordnung vorbereitet, die eine Verschlechterung der Mitgliederrechte bedeutet. Man will dadurch die K.A. bei der Wahl ausschalten. Der § 4 der alten Wahlordnung soll so umgewandelt werden, daß die Wahl in sechs Abteilungen vorgenommen werden

soll und Vorschläge nur durch die Organisationen (d. h. den Gesamtverband) eingereicht werden können.

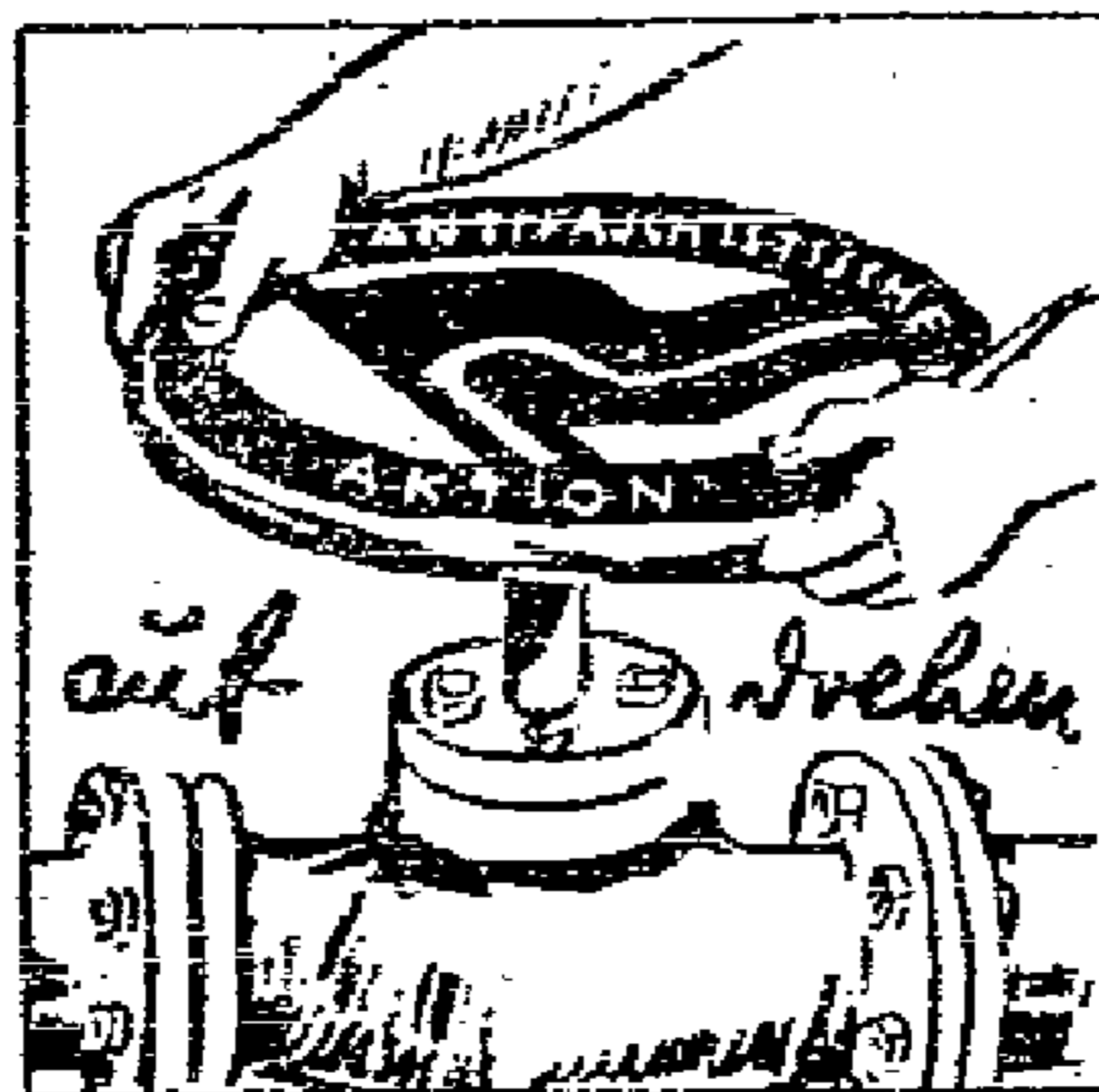
Demgegenüber steht die Opposition auf dem Standpunkt, daß das eine ungeheure Verschlechterung der Mitgliederrechte bedeutet und daß es vollkommen genügt, wenn die Vorschläge mit fünf Unterschriften von Mitgliedern der Kasse eingereicht werden, wie das auch im alten § 7 vorgesehen ist, und daß die Wahl zentral für Groß-Berlin durchgeführt wird.

Diese geplante Verschlechterung der Wahlordnung wird mit Entschiedenheit von den Mitgliedern zurückgewiesen, und die Mitglieder verlangen, daß die alte Wahlordnung mit der zentralen Wahlliste über Groß-Berlin beibehalten ist. Dieser Kurs der Reformisten, das Wahlrecht der Krankenkassenmitglieder zu schmälern, liegt durchaus in ihrer Linie des allgemeinen Abbaus der sozialen Einrichtungen.

Der Bruntpalast in der Bendlerstraße

Ein Kapitel zu dem Berliner „Gemeindefeudalismus“

(Arbeiterkorrespondenz)



In der „Roten Fahne“ stand vor einigen Tagen eine Arbeiterkorrespondenz, in der berichtet wird, daß der Antrag der roten Betriebsräte der städtischen Gaswerke, sofort 50 Mark Winterhilfe auszus zahlen, mit der Begründung von den reformistischen abgelehnt wurde, daß diese Winterhilfe der Gemeindefeudalismus die Auszahlung der Wohlfahrtsunterstützung gefährde.

Und diese Forderung antwortet das „Berliner Tageblatt“ am 25. Dezember 1932. In einem Artikel mit der Ueberschrift: „Das neue Gesicht des Tiergartenviertels (Was aus Luxus- und Bruntpalästen wurde)“ wird folgendes berichtet:

„Die Villa Bendlerstraße 41, früher Herrn Kagenellenbogen gehörend, wurde, wie wir im „Zentralmarkt“ meldeten, von den Charlottenburger Wasserwerken angekauft, die in diesen Tagen das Haus als Direktionsgebäude in Benutzung genommen haben.“

Wo dafür ist Geld da! Dieser Palastkauf aus den Steuergroschen der Arbeiter gefährdet die Wohlfahrtsunterstützung nicht. Im Hofenmarkt stehen die von der SPD angekauften Häuser leer, aber diese Leute müssen am Tiergarten arbeiten. Der Hofenmarkt und Umgebung ist jedoch nicht so reich wie die Tiergarten. Hoffentlich kommt einmal der Tag, an dem wir diesen Herren die ihnen zukommenden Plätze anweisen werden.

Darüber hinaus muß dieser Fall die kämpfenden Gas- und anderen Gemeindearbeiter in ihrem Kampf für die Winterhilfe bestärken. Es ist eine Ungeheuerlichkeit, daß wenn Winterpaläste gekauft werden, Bruntpaläste! Her mit der Winterhilfe!

Gehälter die nicht gefürzt werden

(Angestelltenkorrespondenz)

Den tariflichen Angestellten von Ostram Hg wurde durch die Einführung der Kurzarbeit das Gehalt bekanntlich um zehn Prozent gekürzt. Die Kurzarbeit wurde damals auch von den oberen Angestellten, die außerhalb des Tarifs stehen, angenommen. Allerdings blieben diese Herren von der zehnprozentigen Gehaltskürzung verschont. Diesen Angestellten ist das höchstlich nicht bekannt. Man braucht sich darüber auch gar nicht zu wundern, denn der Angestelltenrat hat bisher diese „soziale“ Tat für die Herren vorgelesen mit dem Mantel der Verschwiegenheit bewahrt.

Warum hat der Angestelltenrat diesen Stand bisher der Angestelltenchaft vorenthalten? Warum hat er zu dieser Korruption geschwiegen?

Kollegen und Kolleginnen, diese Tatsache wird euch die Augen öffnen: Die zehnprozentige Gehaltskürzung bei uns erfolgte zugunsten der hochbezahlten Direktoren- und anderen höheren Vorgesetzten.

Frau Maria Graf, Kaffeehausbesitzerin in Berlin-Tempelhof, Bendlerstraße, bittet zu veröffentlichen, daß ihre Bäckerei und Konditorei in Berlin-Tempelhof, Bendlerstraße, nicht mit dem Kaffeehaus identisch ist, über das in der „Roten Fahne“ vom 24. November eine Korrespondenz erschienen ist.

Die Firma H. Köhler & Co. läßt mitteilen, daß sie mit der Firma Frieda Köhler, Blumenstraße 33, über die eine Korrespondenz mit der Ueberschrift „Eine Fülle für Jungarbeiterinnen“ in der „Roten Fahne“ veröffentlicht wurde, nicht identisch ist.

Ich bin der Auffassung, daß man auch jetzt noch etwas dagegen unternehmen muß. Ab 1. Januar soll uns wieder die Bürgersteuer von dem gekürzten und niedrigen Gehalt abgezogen werden. Wir müssen verlangen, daß diese Steuer nicht mit, sondern die Ostram-Direktion trägt.

Darüber hinaus müssen wir Ostram-Angestellten mit der Arbeiterschaft zusammen den Kampf für die Verbesserung unserer Lebenslage aufnehmen. Daß die Angestellten von Ostram auf gutem Wege sind, zeigt auch, daß auf der letzten J.V.-Versammlung solche Kollegen in die neue Leitung gewählt wurden, die mit dem Verhalten der Gewerkschaftsführer nicht einverstanden waren. Bei den kommenden Betriebsratswahlen müssen wir die Klassenbewußtesten Angestellten in den Angestelltenrat wählen, die mit den roten Betriebsräten unsere Interessen besser vertreten wie die Reformisten.

Der Herr Geschäftsführer

(Angestelltenkorrespondenz)

Die „soziale“ Firma Wöhler greift das Personal, gekürzt durch seine Passivität, auf der ganzen Linie an! Im Besonderen sind die Geschäftsführer davon schwer betroffen. Im Zeitalter der „Kulturbeurteilung“ müssen die Geschäftsführer eine Arbeitszeit von 14 Stunden leisten. Eine Maßnahme, die sich auf die Dauer als gesundheitschädlich auswirken wird.

So verfährt eine „soziale“ Firma mit Angestellten, die ein, ja zwei Jahrzehnte die Interessen der Firma treu vertreten haben. Die Unternehmer schreien nicht vor dem äußersten zurück. Das hat Wöhler zu gut bewiesen. Daran sollten die Angestellten lernen und ihre Vorteile über Bord werfen. Nicht gegen die Arbeiter, sondern mit den Arbeitern, nur so können sie sich ihr Recht erkämpfen!